

B+ NEUAUSZÄHLUNG DES BUNDESTAGES

Sind es wirklich 4,982 Prozent? Promis wollen BSW doch noch in Bundestag hieven

Eine Reihe namhafter BSW-Unterstützer fordert, dass die Stimmen bei der Bundestagswahl neu ausgezählt werden. Warum das Prüfverfahren schwer durchschaubar ist.



Elmar Schütze

14.11.2025

15.11.2025, 10:59 Uhr



Sahra Wagenknecht, scheidende Bundesvorsitzende des BSW
dpa

Daniela Dahn, Gabriele Krone-Schmalz, Dieter Hallervorden, Massiv, Martin Sonneborn – das sind nur einige von mehr oder minder prominenten Personen, die sich für eine Neuauszählung der Stimmen für das Bündnis Sahra Wagenknecht bei der Bundestagswahl im Februar stark machen. Das Ziel: Es soll Druck auf den Wahlprüfungsausschuss des Bundestags ausgeübt werden.

Die Schriftstellerin, die Journalistin, der Theatermacher, der Rapper und der Europaparlamentarier gehören zu einer 22-köpfigen Gruppe namhafter Persönlichkeiten, die den Aufruf „Vertrauen in die Demokratie stärken – Neuauszählung der Bundestagswahl jetzt“ unterzeichnet haben. In dem Aufruf heißt es, dass eine „reale Möglichkeit“ bestehe, „dass der Bundestag nicht korrekt zusammengesetzt“ sei. Das würde bedeuten, dass knapp 2,5 Millionen BSW-Wählern „zu Unrecht seit einem dreiviertel Jahr eine parlamentarische Repräsentanz“ vorenthalten würde.

Faktisch fehlen dem BSW 0,019 Prozent, das sind 9529 Stimmen, zum Erreichen der Fünfprozenthürde und damit dem Einzug in den Bundestag. Mangels Direktmandaten oder Übertritten aus anderen Fraktionen sitzt derzeit kein BSWler im Hohen Haus.

Neuauszählung: Das BSW will 9529 fehlende Stimmen finden

Bereits bei ersten Prüfungen kurz nach der Wahl fanden sich zahlreiche Unregelmäßigkeiten. Schon die Überprüfung einiger Stimmbezirke führte dazu, dass dem BSW 4200 zusätzliche Stimmen zugeschrieben werden mussten. Nun sollen auch noch die immer noch fehlenden 9529 „gefunden“ werden, damit das BSW doch noch in den Bundestag kommt.

Im Moment liegt das Verfahren beim Wahlprüfungsausschuss des Bundestages. Das nach den Ergebnissen der Bundestagswahl paritätisch besetzte Gremium muss entscheiden, ob die Auszählung der Stimmen ordnungsgemäß verlaufen ist. Je nach Stellungnahme des Bundestagsausschusses kann anschließend Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt werden.

Bis zur Teilwiederholung der Bundestagswahl in Berlin vergingen drei Jahre

Wie langwierig und schwer durchschaubar solche Verfahren sein können, zeigte sich exemplarisch in Folge der extrem fehlerbehafteten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhauses und gleichzeitigen Wahl zum Bundestag in Berlin im September 2021. Die Abgeordnetenhauswahl wurde im Januar 2023 komplett wiederholt. Erst ein Jahr später, im Februar 2024, wurde in besonders fehlerbehafteten Berliner Bundestagswahlkreisen erneut zu den Urnen gebeten.

Um das gesamte BSW-Verfahren zu beschleunigen, soll jetzt mit dem prominent unterzeichneten Aufruf Druck auf den Wahlprüfungsausschuss ausgeübt werden. „Jeder Demokrat sollte ein Interesse haben, dass die Korrektheit von Wahlergebnissen über jeden Zweifel erhaben ist“, heißt es darin. Werde bei einem derart knappen Ergebnis „eine Überprüfung verweigert oder auf die lange Bank geschoben, leidet das Vertrauen in die Demokratie“.

Neuauszählung? Meinungsumfrage zeigt uneinheitliches Bild

In der Bevölkerung gibt es offenbar ein sehr differenziertes Bild, ob die 2025er Wahl neu ausgezählt werden soll. So ergibt eine [Online-Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Insa](#), bei der insgesamt 2010 Personen befragt wurden, dass 36 Prozent eine Neuauszählung begrüßen würden, 30 Prozent hingegen lehnen sie ab. 21 Prozent der Befragten ist es egal. Die größte Zustimmung erfährt die Neuauszählung wenig überraschend bei Anhängern des BSW, so stimmen 77 Prozent dafür. 60 Prozent der AfD-

Sympathisanten stimmen ebenfalls für eine Neuauszählung. Auch in der Linken ist die Zustimmung mit 47 Prozent vergleichsweise hoch. Geringer fällt sie bei Unions- oder SPD-Wählern aus. Am niedrigsten ist sie demnach unter Grünen- und FDP-Wählern mit jeweils 21 Prozent.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.